



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesrat hat sich heute unter anderem mit den Folgen des Krieges in der Ukraine beschäftigt. So hat er zur geplanten Grundgesetzänderung zum Sondervermögen für die Bundeswehr Stellung genommen und sich mit der Umwidmung von EU-Mitteln für Ukraine-Flüchtlinge befasst.

Alle Ebenen: Bund, Länder, Kommunen und die EU sind von den Auswirkungen des brutalen Angriffskrieges betroffen. Im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung, aber auch mit Blick auf die langfristige strategische Neuausrichtung in vielen Bereichen.

In der heutigen Plenarsitzung wurden daher wichtige Weichen für unsere Energie- und Ernährungssicherheit, aber auch unsere militärische Sicherheit gestellt. Wir leben in bewegten Zeiten und auch angesichts des bevorstehenden Osterfestes sind unsere Gedanken und guten Hoffnungen bei den Menschen in der Ukraine.

Trotz dieser herausfordernden Zeiten wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Osterfest. Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 8. April 2022



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Grundgesetzänderung zum Sondervermögen der Bundeswehr

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a) sowie Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines "Sondervermögens Bundeswehr"

Mit den Gesetzentwürfen der Bundesregierung zur Errichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ und zur Änderung des Grundgesetzes sollen einmalig 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um insbesondere bedeutsame und komplexe mehrjährige Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr zu finanzieren. Damit soll die Verteidigungsfähigkeit gestärkt und sichergestellt werden, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen kann.

In der Plenarsitzung haben die Länder über die geplante Änderung des Grundgesetzes (GG) sowie den Entwurf des Bundeswehrsondervermögensgesetzes (BWSVermG) der Bundesregierung debattiert. Zur GG-Änderung haben die Länder von ihrem Recht auf eine schriftliche Stellungnahme kein Gebrauch gemacht; anders als zur Errichtung eines "Sondervermögens Bundeswehr". Hier betont der Bundesrat in seiner Stellungnahme, dass im Gleichklang mit der Neuausrichtung der Bundeswehr auch die Zivile Verteidigung einschließlich des Zivilschutzes deutlich zu stärken ist. Auch die Beschleunigung des Beschaffungswesens ist für eine erfolgreiche Modernisierung der Bundeswehr von größter Bedeutung, heißt es im Beschlussdokument. In einem nächsten Schritt geht der Entwurf eines verfassungsändernden Gesetzes in den Bundestag. Wenn er dort die nötige Zweidrittelmehrheit erhält, kommt das Gesetz erneut auf die Tagesordnung des Bundesrates.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Energieversorgung Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs

Der Bundesrat hat der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, um die Sicherheit der Gasversorgung in Deutschland zu gewährleisten, zugestimmt. Die Änderung hat das Ziel, unter Beachtung der aktuellen Lieferstrukturen und Lieferbeeinträchtigungen eine Unterversorgung zu vermeiden.

Der Krieg in der Ukraine hat die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten aus Russland offen aufgezeigt. Die Russische Föderation ist der größte Lieferant von Öl, Steinkohle und Gas. Mit gesetzlichen Füllstandsvorgaben von Gasspeichern soll sichergestellt werden, dass im kommenden Winter auch bei einer Kappung der



© Henning Schacht

Gaslieferungen genug Erdgas in Deutschland zur Verfügung steht. In Deutschland existiert, anders als beim Öl, keine strategische staatliche Gasreserve. Auch gab es bislang keine gesetzlichen Vorgaben zu Füllständen für Gasspeicher. Der Hessische Wirtschaftsminister **Tarek Al-Wazir** sprach dazu im Plenum.

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Landesinitiative - stärkere Reglementierung Sozialer Medien Entschließungsantrag: für ein entschiedenes Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte in sozialen Netzwerken und multifunktionalen Messengerdiensten

Der Bundesrat hat einen Entschließungsantrag verabschiedet, der sich dafür einsetzt, entschiedener gegen rechtswidrige Inhalte in Sozialen Medien vorzugehen - vor allem in Messengerdiensten wie Telegram. Die Initiative geht auf das Land Sachsen zurück. Soziale Netzwerke und Messengerdienste dienen als Kommunikationsmittel und sind Garanten des freien Meinungs- und Informationsaustauschs. Zunehmend sind sie aber auch Ort von Hass und Hetze und Ausgangspunkt für Diffamierungen. Sie müssen besser reguliert werden, damit Hasskriminalität wirksam verfolgt werden kann. Dies sollte innerhalb eines einheitlichen europäischen Rechtsrahmens erfolgen. Bisher ist der Bundesgesetzgeber noch nicht tätig geworden, die Entschließung fordert ihn dazu gerade auf.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](#)

VIDEOS & BILDER

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube** Kanal **Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.

Zu Besuch in der Landesvertretung

Ministerin Lucia Puttrich trifft Botschafter von Litauen und Serbien

Europaministerin Lucia Puttrich hat sich in Berlin mit dem Botschafter Litauens, S.E. Ramūnas Misiulis und der Botschafterin Serbiens, I.E. Snežana Janković, getroffen. Natürlich stand der Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt der Gespräche. Mit Serbien verbindet uns eine noch sehr junge Regionalpartnerschaft mit der Autonomen Provinz Vojvodina.



TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 20. Mai 2022 erneut zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 25. bis 29. April statt.



© Staatliche Schlösser und Gärten Hessen/
Michael Leukel

Zwischenstopp in Berlin: Foto-Wanderausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen

am Mittwoch, 27. April 2022, um 12.30 Uhr, Hessische Landesvertretung

Aus Anlass der Foto-Wanderausstellung „Schlösser und Gärten im Fokus“ wird Direktorin **Kirsten Worms** die Arbeit der Hessischen Schlösserverwaltung sowie das in ihrer Obhut befindliche historische Erbe Hessens vorstellen. Dabei wird sie Einblicke hinter die Kulissen der Schlösserverwaltung gewähren und aktuelle Herausforderungen und Chancen schildern. Im Anschluss wird der Fotograf der Ausstellung, **Michael Leukel**, seine künstlerische Sicht auf die Sehenswürdigkeiten schildern und gemeinsam mit Kirsten Worms durch die Ausstellung führen. Die dort gezeigten Schlösser, Burgen, Gärten, Klöster und weiteren Kulturdenkmäler umfassen nahezu 2000 Jahre Geschichte und erstrecken sich von Bad Karlshafen im Norden bis nach Hirschhorn im Süden.



© HLV Berlin

Podiumsdiskussion „Die Bundesstaatlichkeit – auch ein Modell für die EU?“

am Mittwoch, 4. Mai 2022, um 18.30 Uhr

Eine Reihe von Herausforderungen und seit Jahren ungelöster Fragen drängen die EU zu schnellem Handeln. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine sind längst spürbar geworden. Der Anstieg der Gas- und Strompreise ruft nach einer abgestimmten Energiepolitik - und all dies im Kontext einer Neujustierung der globalen geostrategischen Kräfteverhältnisse. Wie kann in Zukunft Frieden, Freiheit und Sicherheit als Voraussetzung des Wohlstands in der EU garantiert werden? Unstrittig ist, dass die EU kein zentralisierter Superstaat werden soll. Unstrittig ist auch, dass Entscheidungsprozeduren verbessert werden müssen. Aber auf welchem Weg? Können die vor allem im deutschsprachigen Raum historisch gewachsenen föderalen Strukturen ein Modell für die zukünftige Entwicklung der EU sein? Dieser und weiteren Fragen soll am 5. Mai nachgegangen werden.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen in Berlin und Europa im Social Web:

